



# SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

P/XVI/84 - 13. April 1961

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170

Fernsprecher 2 18 31 - 33

Fernschreiber 0 886 090

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

Seite:

Zeilen:

1 - 2

Die große Entscheidung

80

Blick in die Zukunft

Von Günter Markscheffel

3

Herzlos und ohne Gedanken

25

"Am Rande" des Gmielewski-Prozesses

3

"In Hinterstüben" ?

23

Zeitnahe Ausgleich für Kriegssachgeschädigte nicht möglich ?

4

Zwangskommune oder dürftliche Selbsthilfe ?

54

Ein großes Problem in den Entwicklungsländern

Von Bruno Kuster, Gen<sup>2</sup>

5 - 6

Starker Bevölkerungszuwachs in Indien

98

438 Millionen - 79 Millionen mehr als 1951

Von Inge Deutschkron

\* \* \* \*

\* \* \*

Die grosse Entscheidung

Blick in die Zukunft

Günter Markscheffel

\* "Man soll uns nicht für dumme verkaufen wollen. Bei den \*  
\* Bundestagswahlen im nächsten Jahr wird nicht zwischen \*  
\* 'Mike Ajax' und 'Mike Herkules' entschieden, sondern \*  
\* es wird entschieden werden zwischen den alten und den \*  
\* unverbrauchten Kräften der deutschen Politik!" \*  
\* Willy Brandt am 24. November 1960 auf dem \*  
\* Parteitag der SPD in Hannover. \*  
\* \* \* \*

Das Protokoll des Parteitages vermerkt an dieser Stelle der Rede Willy Brandts "stürmischer, lang anhaltender Beifall". - Das war vor knapp fünf Monaten. Damals hat man in einem Teil der deutschen Presse geschrieben, Willy Brandt mache sich die Sache etwas zu einfach. Er beantworte Fragen, die auf der Tagesordnung der deutschen und internationalen Politik stünden, ausweichend und begnüge sich mit Formulierungen, "unter denen sich jeder etwas anderes vorstellen kann".

Wie richtig und genau den Kern einer deutschen Politik treffend Willy Brandt seinerzeit in Hannover die Aufgaben der deutschen Politik gesehen hat, zeigt sich in diesen Tagen. Während man damals -und noch bis in die Etatdebatte des Bundestages hinein- von Regierungsseite die Sozialdemokratie auf eine falsche Fragestellung festlegen wollte, während man von ihr verlangte, eine in Fluss geratene weltweite Diskussion über die Neuordnung der Verteidigungsmöglichkeiten zu ignorieren, vollzog sich ausserhalb der Bundesrepublik -in der westlichen Gemeinschaft- ein Wandel der Auffassungen, die Willy Brandt bereits im November 1960 offen und für jedermann verständlich charakterisiert hatte.

In diesen Tagen erhalten wir nun die Bestätigung dafür. Der englische Premierminister Macmillan, der gerade seine dreiwöchige Reise durch die Vereinigten Staaten und Kanada abgeschlossen hat, erklärte auf einer Pressekonferenz in Ottawa, Präsident Kennedy habe das Angebot, der NATO eine eigene Abschreckungstreitmacht von Polaris-Raketen zur Verfügung zu stellen, das der frühere amerikanische Präsident Eisenhower den Verbündeten gemacht hatte, zurückgelehnt.

Auch die Berichte, die uns in der Bundesrepublik von den Gesprächen Dr. Adenauers mit Präsident Kennedy und seinen Beratern erreichen, bestätigen die Aussage Macmillans.

Damit ist zunächst ein Teilaspekt aus der innerdeutschen politischen Auseinandersetzung aus dem Wege geräumt, und niemand kann mehr so tun, als sei die Richtigkeit einer deutschen Politik an der Beantwortung der Frage abzulesen, ob die Bundeswehr direkt oder indirekt atomar ausgerüstet werden soll oder nicht.

Gleichzeitig gewinnt aber auch die von den sozialdemokratischen Abgeordneten Fritz Erler und Helmut Schmidt sowohl auf dem Parteitag von Hannover, wie während der Kratdebatte des Bundestages aufgestellte Forderung nach der richtigen Aufgabenerteilung innerhalb des NATO-Bündnisses eine höchst aktuelle Bedeutung.

Alle diejenigen, die Eisenhowers Konzeption für die "einzig mögliche" gehalten hatten -und dazu gehört auch Bundesverteidigungsminister Franz Josef Strauss- müssen jetzt umlernen.

Es ist aber nicht nur die eben geschilderte Entwicklung eines heftig umstrittenen militärpolitischen Projektes, die uns zum Umlernen zwingt. Wer heute seinen Blick in die internationale und deutsche Presse geworfen hat, wird begreifen, dass sich nach dem ersten bemannten Weltraumflug, den die Sowjets mit Stolz verkündeten, die bisherigen Diskussionen über diese oder jene Art der Bewaffnung kleinlich ausnehmen. Es geht heute wirklich nicht mehr um "Nike Ajax" oder "Nike Herkules", sondern tatsächlich um die grossen Probleme, die nur noch im Weltmassstab gelöst werden können.

In diesem Sinne war Willy Brandts Aussage in Hannover, ursprünglich gemünzt auf die innerdeutsche Auseinandersetzung, viel mehr als das: sie war der Hinweis auf die Verpflichtung, dass sich eine zukünftige deutsche Bundesregierung auf den weltweiten Strom des Umdenkens in Richtung auf die Gewinnung neuer Erkenntnisse einschalten muss.

Was die Sowjets geleistet haben, wird morgen sicher auch von den Amerikanern geleistet werden. Aber wenn beide wieder gleichgezogen haben, dann werden neue Projekte das Denken, aber auch die praktische Politik der grossen Weltmächte beeinflussen. Wir werden einen Wettlauf des Geistes und der Technik von gigantischen Ausmassen erleben, wobei es nicht ausgeschlossen bleibt, dass zwischen diesen "Fronten" das Ringen um geographische und politische Einflüsse im Raume zwischen den beiden Grossen nach wie vor zu den Problemen der praktischen Tagespolitik gehören werden.

Aber auch diese Probleme wird man auf die Dauer nicht mehr mit der Fortsetzung des Wettlaufes lösen können. Denn je grösser die geistigen und materiellen Anstrengungen des überdimensionalen Konkurrenzkampfes zwischen den Grossen werden, umso mehr werden sie ihre wirtschaftliche Kraft und ihre geistige Elite auf diese Aufgaben konzentrieren müssen. Dann wird es bei dem Versuch, die Existenz der Welt zu bewahren, im Letzten auf die bessere Ordnung, auf die bessere gesellschaftliche, wirtschaftliche und auch kulturelle Leistung aller ankommen.

Nur noch ein Wahnsinniger kann unter diesen Umständen daran denken, dass die Probleme unserer Zeit mit Einsatz alles dessen, wozu die beiden Grossen heute waffentechnisch zu tun fähig sind, gelöst werden können.

Deshalb: Es geht nicht um "Nike Ajax" und "Nike Herkules", sondern um die Entscheidung zwischen den Kräften des Gestern und den Kräften des Morgen.

\* \* \*

### Herzlos und ohne Gedanken

sp - In diesen Tagen und Wochen finden in der Bundesrepublik mehrere Prozesse statt, in denen ehemalige KZ-Kommandanten und deren Helfer Rechenschaft über ihr Tun ablegen müssen. Selbstverständlich werden diese Prozesse nicht nur juristisch gewertet; auch das Geschehen am Rande wird registriert. Zu den Verhandlungen, in denen das Grauen der damaligen Zeit wieder vor uns aufsteht, sind auch zahlreiche ausländische Opfer der Herrschaft Hitlers als Zeugen geladen. Das Verhalten, das ein deutsches Gericht diesen Menschen gegenüber an den Tag legt, wird - wenn die Zeugen wieder in ihre Heimat zurückkehren - mitentscheidend für die Beurteilung des politischen Klimas in der Bundesrepublik sein. Deswegen darf es nicht geschehen, dass ein Landgerichtsdirektor Zeugen bei der Schilderung des erlebten Grauens mit der Bemerkung unterbricht "Das ist für uns ohne Bedeutung". (So geschehen in Prozess gegen den zu lebenslänglichem Zuchthaus verurteilten früheren SS-Hauptsturmführer Karl Chmielowski in Ansbach). Wahrscheinlich weil es "nicht üblich" ist, Zeugen eine Unterkunft zu beschaffen und ihnen einen Vorschuss auf die Zeugengebühren zu geben, wusste die zuerst angekommene Gruppe der polnischen Zeugen im Chmielowski-Prozess nicht, wo sie schlafen und womit sie ihr Essen bezahlen sollte. Man hatte diesen Opfern des NS-Regimes lediglich eine Eisenbahnfahrkarte geschickt. Die "Welt" berichtet, dass Journalisten für Quartier und Bezahlung der Speisen sorgen mussten. Erst 18 Stunden nach ihrer Ankunft wurde den polnischen KZ-Opfern ein Zeugengebühreenvorschuss ausgezahlt! - Wir meinen, dass die bayerische Justizverwaltung alle Ursache hätte, diesen Vorgängen auf den Grund zu gehen. Es ist unvorstellbar, dass keine amtliche Stelle daran gedacht hat, was wir den Opfern der Konzentrationslager schuldig sind. + + +

### "Im Hinterstübchen" ?

sp - Hinter der Kulissen der sonst allgemein beachteten Bundestagsdebatten hat sich am Dienstag im Ausschuss für den Lastenausgleich etwas ereignet, was alle Lastenausgleichsberechtigten und besonders die Kriegssachgeschädigten interessieren dürfte. Mit Ausnahme von zwei Abgeordneten lehnten die übrigen CDU/CSU-Mitglieder des Ausschusses gegen die Stimmen der SPD und FDP einen sozialdemokratischen Antrag ab, der eine Verbesserung der Bestimmungen über die Berechnung des Grundbetrages zur Erlangung einer Entschädigung vorsah. Bei diesem sozialdemokratischen Antrag handelte es sich um den Versuch, die Berechnung des Grundbetrages zeitnah und gerecht zu gestalten. Hierbei kam es der SPD besonders auf die Anhebung der Leistungen auf den Stand der allgemeinen wirtschaftlichen Entwicklung an. Auch die Angleichung der sozialen Leistungen sollte nach dem Willen der SPD in Anlehnung an das inzwischen geübene Niveau der allgemeinen sozialen Leistungen erfolgen. Die CDU/CSU-Mehrheit im Ausschuss bestritt im Prinzip zwar nicht die Berechtigung der sozialdemokratischen Forderungen, lenkte sie aber dennoch wegen möglicher finanzieller Auswirkungen ab. In Kreisen der Kriegssachgeschädigten ist nach Bekanntwerden dieses Ergebnisses der Ausschusssitzung angekündigt worden, die zur endgültigen Beschlussfassung im Plenum des Bundestages noch einmal das Problem einer wirklichkeitsnahen Berechnung des Grundbetrages zur Erlangung einer Entschädigung der Öffentlichkeit zu unterbreiten, um zu verhindern, dass die Kriegssachgeschädigten "im Hinterstübchen des Wirtschaftswunders" bleiben.

## Zwangskommunen oder dörfliche Selbsthilfe?

Von Bruno Kuster, Genf

Mit menschlich verabscheuungswürdigen Methoden streben die chinesischen "Volkskommunen" die Lösung eines wirtschaftlichen Problems an, das allen Entwicklungsländern gemeinsam ist: rasche Steigerung der landwirtschaftlichen Erzeugung, um mit der Bevölkerungszunahme Schritt halten und die Industrialisierung finanzieren zu können; Aufsaugung der überschüssigen Arbeitskräfte durch Förderung der dörflichen Kleinindustrie und durch unbezahlte Durchführung kleiner und grosser Bauvorhaben aller Art. Da sich alle Entwicklungsländer vor ähnliche Aufgaben gestellt sehen, ist die Anziehungskraft des chinesischen Rezeptes sehr gross, wenn es nicht gelingt, mit freiheitlichen Methoden die gleichen oder höhere wirtschaftliche Ergebnisse zu erzielen.

### Vergleichsstudien

Etwa vom Jahre 1955 an wurden in mehreren asiatischen Ländern (Indien, Pakistan, Ceylon, Burma, Philippinen usw.) sogenannte dörfliche Selbsthilfeprogramme (Community Development Programmes) in die Wege geleitet, um die Initiative der ländlichen Bevölkerung zur allseitigen Verbesserung ihrer Lebenslage zur Entfaltung zu bringen. In verschiedenen Untersuchungen versucht das Sekretariat der Wirtschaftskommission der UNO für Asien und den Fernen Osten, die bisher erhaltenen Ergebnisse zu werten, um den interessierten Regierungen Anhaltspunkte für ihre zukünftige Politik in die Hand zu geben. Ein sachlicher Vergleich mit der chinesischen Kommunebewegung ist allerdings nicht möglich, da darüber ja kaum zuverlässige Angaben erhältlich sind.

### Neue Erkenntnisse

In einigen neutralen Ländern Asiens haben die dörflichen Selbsthilfeprogramme zu einer gewissen Verbesserung der landwirtschaftlichen Methoden geführt, indem besseres Saatgut, Dünger und Schädlingsbekämpfungsmittel vermehrt zur Anwendung kommen. In einigen Gebieten ist diesen Aktionen sicherlich eine bescheidene Steigerung der Ernteerträge zu verdanken. Ihr Beitrag an die dörfliche Industrie ist jedoch kaum erfassbar, wenn auch jede Steigerung der landwirtschaftlichen Produktion indirekt die industrielle Entwicklung begünstigt. Im allgemeinen ist ein Rückgang der privaten Ausgaben für religiöse Zeremonien zu verzeichnen, von Anfang an einer bescheidenen Spartätigkeit gegenüberstehend. Die freiwillige, unentgeltliche Arbeitsleistung zeitigte im Bau von Schulhäusern die besten Ergebnisse, aber das Reservoir unterbeschäftigter Arbeitskräfte konnte noch bei weitem nicht ausgeschöpft werden. Auf sanitärem und hygienischen Gebiet wurden eindeutig eindrucksvolle Fortschritte erzielt. Obwohl grosse Hoffnungen auf die Entfaltung des Genossenschaftswesens gesetzt wurden, konnte die Bewegung nicht recht vom Fleck, da es an dem nötigen Kenntnissen noch weitgehend fehlt.

### Noch kein abschliessendes Urteil

Der bisher eher magerer Erfolg der dörflichen Selbsthilfe ist darauf zurückzuführen, dass sich viele Programme erst in ihren Anfangsstadium befinden. Für ein abschliessendes Urteil ist es noch zu früh. Noch konnten die besten Methoden, die ein sorgfältiges Abwägen zwischen zentralen und lokalen Kompetenzen erfordern, nicht erarbeitet werden. Dennoch gelangt die Untersuchung zum Schluss, dass der Beitrag der dörflichen Selbsthilfe an die wirtschaftliche Entwicklung gross sein kann, wenn gewisse Vorbedingungen erfüllt sind: Beseitigung überholter Besitzverhältnisse durch Landreformen; gerechte Ordnung der Wasserverteilung; die Preispolitik darf vermehrte Anstrengungen der Bauern nicht entmutigen; der Zinswucher muss durch ein leistungsfähiges und loyales Kredit-System ersetzt werden.

## Starker Bevölkerungszuwachs in Indien

Von Inge Deutchkeon

Mit grosser Bestürzung hat man in Indien zur Kenntnis genommen, dass alle vorsichtigen Schätzungen über die Bevölkerungszunahme noch weit unter den tatsächlichen Zahlen liegen, welche die jüngste Volkszählung in Indien ergeben hat. Die indische Bevölkerung ist seit 1951, dem Zeitpunkt der letzten Volkszählung, um 79 Millionen Menschen angewachsen und nicht um 71 Millionen, wie man es zum Zweck der Aufstellung des Dritten Fünfjahresplanes errechnet hatte. 1951 gab es 359 Millionen Inder, heute sind es 438 Millionen. Damit hätte Indien seine bisher stärkste Bevölkerungszunahme zu verzeichnen. Im vorhergehenden Jahrzehnt handelte es sich um einen Zuwachs von 47 Millionen. Das neue Ergebnis lässt darauf schliessen, dass sich Indien nicht mehr wie bisher um 5 Millionen Menschen jährlich, sondern um wenigstens 7 und in Kürze vermutlich um 10 Millionen vermehren wird.

### Höhere Lebenserwartung

Diese Vermutung beruht auf der Annahme, dass sich aufgrund der verbesserten hygienischen und medizinischen Betreuung die Lebenserwartung von bisher 32 Jahren bei Männern spätestens bis 1956 auf 50 Jahre erhöht haben wird und dass sich die Säuglingssterblichkeit mit der gleichen Schnelligkeit vermindert. Die soeben beendete Volkszählung zeigt ausserdem, dass die Bevölkerungszunahme durch Geburten vorläufig nicht geringer geworden ist. Nach den Aussagen von Medizinern ist der altersmässige Jahresfaktor der Fruchtbarkeit in Indien unvermindert hoch, im Gegensatz zu Europa, wo er mit zunehmendem Alter sinkt.

### Ernährungsprobleme

Diese Zahlen und Tatsachen wären längst nicht so bedeutungsvoll, hätte Indien genügend Arbeitsplätze und Nahrung für sein stetig wachsendes Volk. Nach der Volkszählung von 1951 errechnete man, dass bei einem täglichen Konsum von nur 400 Gramm Nahrungsmitteln pro Kopf der Bevölkerung 44 Millionen Tonnen Nahrungsmittel vorhanden sein müssten. Schon damals wusste man, dass die eigene Produktion ein Defizit von 4 Millionen Tonnen ergeben würde. An die Einfuhr von Lebensmitteln denkt man nur ungern, da Indien sie nicht mit industriellen Exporten begleichen kann. Die bestehende Kluft ist bis heute nicht zu überbrücken gewesen. Das Produktionsziel des Dritten Planes, das mit Hilfe einiger Bewässerungsanlagen und verbesserter Geräte bei 110 Millionen Tonnen liegen sollte, wird nur erheblich angehoben werden müssen, wenn es eine ausreichende Ernährung für alle Inder garantieren soll.

Wie dieses Ziel allerdings erreicht werden kann, muss fraglich bleiben, da die indische Landwirtschaft nur 50 Prozent der in Europa üblichen Erträge erzielt. Koch immer sind veraltete Bewirtschaftungsmethoden und primitive Geräte die Regel. Der durch die Jahrhunderte ohne Düngemittel bearbeitete ausgelaugte Boden wird kaum gesteigerte

Erträge hergeben. Die als Folge der grossen Familien durch unzählige Erbschaftsteilungen zerstückelte Besitzungen sind für eine rentable Bewirtschaftung vielfach zu klein. Einer der wichtigsten Gründe aber für die geringe Lebensfähigkeit der indischen Landwirtschaft ist der Bevölkerungsdruck auf das Land.

#### Zu wenig Arbeitsmöglichkeiten auf dem Lande

70 Prozent der Bevölkerung leben auf und vom Lande, das ihnen längst nicht mehr genügend Beschäftigungsmöglichkeiten zu bieten hat. Es sind bereits zu viele Hände auf dem Lande tätig, und die wirtschaftliche Abhängigkeit der Menschen voneinander wächst mit der Vermehrung. Das Land muss also eine weit grössere Zahl von Menschen erhalten, als es eigentlich zu tun in der Lage ist. In ihrem Trachten nach ausreichender Ernährung für ihre grossen Familien bestreiten die Bauern den Boden keineswegs immer zum Nutzen der indischen Volkswirtschaft. Tatsächlich verursacht der ungeheure Bevölkerungsdruck also eine fortschreitende Verarmung der indischen Landwirtschaft und führt zur Verschlechterung des ohnehin dürrtigen Ackerlandes.

Die Volkszählung verzeichnet die relativ stärkste Bevölkerungszunahme in den indischen Städten, in welche die notleidende Landbevölkerung in der Hoffnung flieht, in den neuen Industrien Arbeit zu finden. Aber auch die steigende Industrialisierung hat bisher nicht mit dem schnellen Wachstum der Bevölkerung Schritt halten können. Am Ende des Zweiten Fünfjahresplanes 1961 standen 9 Millionen neuer Arbeitsplätze 12 Millionen Menschen gegenüber, die in der gleichen Zeitspanne arbeitsfähig wurden.

#### Geburtenkontrolle ?

In keinem anderen Land der Welt spricht man so offen von der Geburtenkontrolle als dem einzigen Ausweg aus dem Dilemma wie in Indien. Die Zahl der Kliniken, die Aufklärung gewähren, soll in den nächsten fünf Jahren in den städtischen Gebieten auf 1500 und auf dem Lande auf 8000 erhöht werden. Jede dieser Kliniken sollte ca. 40 000 Menschen erfassen. Wenn man jedoch bedenkt, dass es in Indien allein 550 000 Dörfer gibt, scheint die Zahl der neuen Kliniken überaus gering. Tatsächlich wird es kaum möglich sein, die Zahl der Kliniken in absehbarer Zeit wesentlich zu erhöhen, da sie auch eine grosse Zahl von ausgebildetem Personal erfordern. Das Radio, Kinos, Ausstellungen und Zeitschriften sollen ebenfalls in den Dienst der Aufklärung gestellt werden. Noch immer propagiert man auch Sterilisierungen, für die sogar Prämien gezahlt werden, aber in den meisten indischen Provinzen erst nach dem vierten Kind durchgeführt werden.

Unter Berücksichtigung aller Gegebenheiten wird Indien so wie jedes andere Land nur durch eine steigende Industrialisierung verbunden mit einer Verbesserung seiner wirtschaftlichen Lage zu einer Stabilisierung seiner Bevölkerungszahlen kommen. Wann dieser Zustand allerdings eintreten wird, ist kaum vorauszusehen.

-----+-----+-----+-----  
Verantwortlich: Günter Markscheffel